

Herr Präsident,  
Mitglieder in Parlament und Regierung,  
Liebe Bürgerinnen und Bürger der DG -

Die Regierungserklärung zur Lage der DG – 2012 -  
Eigentlich nichts Spannendes, Altes aufpoliert oder  
frisch angestrichen naja – im Grunde nichts Neues -  
Das vierte Mal durfte ich mir dies in diesem Hause nun anhören –

Wobei, man hätte diesmal einiges mehr erwarten können,  
denn die Zeichen der Zeit werden immer deutlicher,  
auch die Zeichen hier in der DG,  
und es gibt mehr und mehr Hinweise welche auf eine jahrelange Fehlpolitik  
hindeuten -

Und ohne irgendetwas schlecht zu reden – sollte man sich nur einige Fakten und  
Zahlen vor Augen nehmen,  
um zu verdeutlichen wo die DG, wo Belgien, ja wo sich Europa zurzeit befinden.

**Die Schulden der DG befinden sich auf Rekordniveau:**

und bis zum bekannten Datum, also dem berühmten Stich-Jahr wird noch viel  
Wasser die Weser, und die Our herab laufen –  
Das Defizit der DG ist gewaltig –  
und Reserven sind keine vorhanden –

**Die Arbeitslosigkeit der DG befindet sich auch auf Rekordniveau:**

So waren im Jahr 2008 im Jahresdurchschnitt 2.413 Personen in der DG als  
vollarbeitslos gemeldet,  
vier Jahren später also im August diesen Jahres waren es: 3.129 –  
Was einen Anstieg von fast 30 % - in vier Jahren bedeutet.  
Und 2008 – auch dies sollte man erwähnen waren es deutlich mehr Arbeitslose als  
2001 – alleine von 2001 bis zum Jahre 2008 stieg die Arbeitslosenquote von 4,8 %  
auf 7,5 % in der DG -

Die Arbeitslosigkeit erreicht somit Ende August 2012 – einen neuen **Allzeit  
Höchststand für die DG –**

Auch kann man dies nicht nur saisonal bedingt erklären -  
Denn gegenüber dem Vorjahr, also August 2011 verzeichnet die DG ein Plus von 0,9  
% -

Meine Damen und Herren,  
alleine in Belgien waren Ende August 2012 fast 600.000,- Menschen arbeitslos –  
Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Zuwachs von mehr als 17.412 Personen -  
*Quelle Arbeitsamt der DG -*

Und in Europa sieht es nicht besser aus.  
In der Eurozone ist die Zahl der Arbeitslosen im Juli zum ersten Mal auf mehr als 18  
Millionen gestiegen. 18.002.000 Menschen  
sind in den 17 Länder der Euro-Zone ohne Arbeit.

Im Vergleich zum vergangenen Jahr stieg die Zahl der Arbeitssuchenden um mehr als zwei Millionen Menschen an.

Und in den 27 Ländern der EU sind es mehr als 25 Millionen Menschen welche keinen Job haben –

Ich denke ich brauche niemanden hier in diesem Hause die Spirale der Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu erklären -

Ob für die Staaten, für die Unternehmen oder für die einzelnen Bürger –

Weniger Kaufkraft, weniger Konsum, weniger Steuereinnahmen, höhere Sozialleistungen –

dies führt zu einer weiteren Erhöhung der Verschuldung der Staaten –

Und dies parallel zu einer Resignation in der Bevölkerung und zu einer Perspektivlosigkeit bei Jugendlichen –

Kurzum – eine katastrophale Entwicklung in ganz Europa, und die Bilder welche uns das Fernsehen von einigen südeuropäischen Ländern zeigen, erfreuen nicht unbedingt die Gemüter -

Zur DG -

Das einzig erfreuliche in der DG ist, das im Kanton St-Vith die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr etwas gesunken ist –

Wobei es sind Arbeitsstellen vorhanden, in der DG gibt es einige hundert freie Stellen -

Das Kernproblem ist noch etwas anderes:

Es gibt in Belgien und in der DG kein Mangel an Arbeit, es gibt nur ein Mangel an bezahlbarer Arbeit –

Vor fast genau 3 Jahren, habe ich hier in diesem Hause den Vergleich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit des letzten Jahrzehnts aufgezählt –

Also vom Regierungsantritt der Lambertz Regierung 1999 bis 2009 –

Damals musste festgestellt werden, seitdem unser aktueller Finanzminister die Geschicke der DG leitet - hatte sich die Arbeitslosigkeit verdoppelt, und dies entgegen dem damaligen Trend in anderen belgischen Landesteilen –

In seiner damaligen Regierungserklärung sagte der Minister, also der Erklärung von 2009 –

Zitat: „Die Regierung wird im Rahmen ihrer bescheidenen Möglichkeiten zur Stimulierung der regionalen Wirtschaft beitragen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorantreiben.“

Auch sprach er damals von notwendigen Reformen im Arbeitsamt:

Wörtlich hieß es: „*Die Umstrukturierungen betreffen zum Anderen das Arbeitsamt, dessen Organisationsstruktur modernisiert und an die Herausforderungen des Arbeitsmarktes angepasst werden wird.*“

„Werden wird“ – zwei schöne Wörter –

Naja – hat anscheinend nicht so gut funktioniert –

Auch dürfen wir folgenden Satz nicht vergessen:

„...*an der konkreten Umsetzung dieser Erklärung wollen wir uns messen lassen.*“

Nun, in wirtschaftlich starken Zeiten, hat es der zuständige Finanzminister nicht geschafft vernünftig zu wirtschaften und Reserven aufzubauen, oder tiefgreifende Reformen durchzuführen –

Nein, das Geld wurde ausgegeben – getreu nach einer alten sozialistischen Weisheit:

„Es kommt ja immer wieder Neues nach,...“

Auch immer wieder ein Thema in Regierungserklärungen und Debatten hier in diesem Hause .

### **Ist die Europäische Union – EUROPA –**

Die Wichtigkeit der Europäischen Union wird hervorgehoben –

Der Begriff Europa der Regionen fällt immer wieder...

Dabei sollte man ein Unterschied machen, zwischen Europa und den Institutionen der Europäischen Union -

Meine Damen und Herren,

ich muss Ihnen gestehen, als junger bzw. ganz junger Mann hab ich geglaubt und war teilweise naiv anzunehmen dass die Europäische Union, nur das Beste für den Bürger will –

Ich habe der damaligen Politik vertraut –

Europa – das wurde von mir direkt verbunden mit Freiheit, Frieden und Wohlstand – und ich habe die Institutionen der EU nicht in Frage gestellt.

Im Laufe der Zeit wurde mir einiges jedoch klarer –

Und ich möchte Ihnen heute folgendes zu Europa und deren Institutionen sagen und Ich möchte Sie bitten, denke Sie mal in Ruhe über die von mir jetzt genannten Zahlen und Zusammenhänge nach:

Ja es stimmt, die Einigung Europas hat zu einem nie gekanntem Frieden geführt – Das muss man anerkennen und darf man nicht vergessen –

Jedoch sollte man unterscheiden, die politische Einigung auf der einen und die wirtschaftlichen und finanzpolitische Faktoren und deren Auswirkungen für den Bürger auf der anderen Seite –

Finanzpolitisch stand es noch nie so schlimm um Europa, hätte irgendjemand vor 10 oder 15 Jahren auch nur erwähnt, dass China einmal im großen Stil Europäische Staatsanleihen ankaufen wird, und die Staaten dies dankend annehmen, naja diese Person wäre für irre erklärt worden –

Wir werden in der Haushaltsdebatte sicherlich genügend Zeit finden, noch über Zahlen und Schulden zu reden, soviel vorab die Zeiten sind düster und besonders da wo Länder den Euro als Währung haben -

Um zu verstehen, wer in der Europäischen Union regiert, wer das Sagen hat und wer welchen Einfluss auf die Gesetze ausübt sollte man folgendes bedenken.

Auf jeden EU Abgeordneten in Brüssel kommen 20 Lobbyisten –

Das EU Parlament hat zurzeit 754 Abgeordnete –

d.h. mehr als 15.000,- Menschen in Brüssel sind vollbeschäftigte Lobbyisten der Konzerne– welche, nicht zwingend, ehrbare Ziele verfolgen.

Die Macht in Europa haben längst multinationale Konzerne, riesige Unternehmen, welche mit Summen jonglieren, die höher sind als das Bruttosozialprodukt verschiedener Länder –

Und die Macht der Lobbyisten geht soweit, dass verschiedene EU Gesetze, ohne Abänderung auf deren Feder zurückzuführen sind.

Ich empfehle hierzu einige interessanten Artikel im Spiegel, so vom Juni diesen Jahres:

„Lobbyismus in Brüssel – Ein Spinnennetz“

Ein weiterer aufhellender Artikel: „Die Einflüsterer“ –

Doch Lobbyismus setzt nicht erst bei den Abgeordneten an, also die - die über Gesetze entscheiden - sondern auch bei den Beamten, die sie verfassen, in den Arbeitsgruppen der EU-Kommission.

Ein PR-Experte bestätigte gegenüber einem Journalisten:

"Wie alle Lobbyisten schreiben auch wir für unsere Kunden Vorschläge für Gesetzesänderungen oder -zusätze. Manchmal, werden die auch in den endgültigen Text übernommen." Und dann könnte man tatsächlich sagen - Berater der Konzerne schreiben Teile der Gesetze selbst."

Die Macht in der Hand von multinationalen Konzernen –

Das, meine Damen und Herren ist die Europäische Union –

Und je mehr ich mich mit diesem Thema beschäftigt habe, umso erschreckender waren die Erkenntnisse – und ich kann ihnen nur anraten, tun sie es auch, es lohnt sich –

Europa braucht starke National-Staaten die für die Versorgung der Grundbedürfnisse der Bürger Verantwortung tragen.

Ob dies im Sozialbereich, im Gesundheitswesen oder im Bildungswesen und auch im Finanzwesen ist.

Alles in der Hand von Konzernen, ist ein Fehlgedanke -

Die Entwicklungen jenseits des Atlantiks verdeutlichen dies -

Und deshalb sind wir Kritiker des Systems von Europa der Regionen, wo alles auf eine konzentrierte Macht in Brüssel hinausläuft.

Undurchsichtig,

regiert von einer kleinen Truppe ohne konkrete demokratische Kontrolle - und wie z.B. im Falle des ESM mit uneingeschränkter Macht bewaffnet.

Ist es das was sie wollen?

Anscheinend ja –

Sie haben dem Lissabon-Vertrag zugestimmt und sie haben dem ESM zugestimmt –

Sie schwächen somit weiterhin die National-Staaten auf Kosten von Banken, und multinationalen Konzernen –

Und auf der anderen Seite reden Sie dann von den bösen Zockern –

Dabei sind es die Regierenden in Europa welche das Casino-Spiel der Banken gefördert haben und es immer noch zulassen -

Wenn das ihre Version von Europa ist, dann sollten sie so redlich sein und den Menschen vernünftig und sachlich erklären was noch alles auf sie zukommen wird.

Dabei sollten sie nicht vergessen, wir stimmen hier in diesem Hause direkt über diese und andere Verträge ab –

und die DG hat sich mit den Auswirkungen der EU Politik zu beschäftigen -  
Wenn man sich die katastrophale Subventionspolitik der EU anschaut und deren Auswirkungen auf die Landwirtschaft unserer und der Landwirtschaft anderer Länder, ja wenn die EU den Export von minderwertigen Nahrungsmitteln in diese Länder fördert, dadurch die dort heimische Landwirtschaft ruiniert ja dann müssen wir uns nicht wundern, wenn die Menschen von diesen ausgebeuteten Ländern irgendwann bei uns hier vor der Türe stehen.

Und hier im PDG, wurden unter anderem EU Handels-Verträge einfach durch gewunken, welche genau dies bewirken.

Meine Damen und Herren,  
was gab es sonst noch erwähnenswertes an in den 31 Seiten der Regierungserklärung.

Da war noch was – ah ja die Leuchttürme – die vier Leuchttürme – und das REK  
Also, als letzte Woche plötzlich von den vier Leuchttürmen die Rede war,  
und wieder und wieder vom REK.

Da beschlich mich plötzlich das Gefühl ein Märchenerzähler stände am Rednerpult.

Und wie aus einem Märchen klang es -

Und immer wieder, der Wort Zug:

„Wir wollen...“

„Wir wollen...“

„Wir wollen...“

Also meine Damen und Herren,  
was hier einer zu wollen hat das entscheidet nicht der zuständige Finanzminister der DG –

Die Rahmenbedingungen, das was die DG noch gestalten kann, hängt u.a. von der Finanzlage der DG ab, welche aufgrund der Ausgabenpolitik dieser Regierung sich nicht unbedingt in einer guten Lage befindet, und natürlich von der Finanzlage des belgischen Föderalstaates –

Ob das, meine Damen und Herren auch verwirklicht werden kann, was einige hier wollen, ist eine ganz andere Frage –

Obschon, ich denke, es wäre vermessen, diesen Teil der Regierungserklärung mit einem Märchen zu vergleichen, denn ein Märchen nimmt meistens ein gutes Ende – und so wie es aussieht ist dies höchstwahrscheinlich nicht der Fall für die Politik dieser DG Regierung –

Aber warten wir es einfach mal ab -

Auch ein bemerkenswerter Spruch, den der zuständige Finanzminister vor drei Jahren hier mal äußerte:

„Wir sind gewappnet, um dieser Krise zu begegnen.“

Also 2009 -

Damals war noch etwas Griff, ja sogar, auch wenn nur latent, etwas Tatendrang in seiner Rede vorhanden,

so glich die Regierungserklärung in der vergangenen Woche – eher einem *Schlaflied* – als einer politischen Ansage -

Kaum Durchführbares, nichts Fundiertes – ja man hatte fast den Eindruck als ob der Sprecher den Text gelangweilt vortrug –  
Und als ob dem Redenschreiber zwar nicht die Tinte, wohl aber die Ideen ausgegangen sind -  
Es beschlich einen teilweise das Gefühl, als ob diese Regierung, vor den Herausforderungen der Zukunft, resigniert.  
Die Krise ist an allem schuld und wir tun unser Bestes –  
Ok – Die Frage ist nur: Für Wen?

Das sinnvollste was man mit diesen 31 Seiten machen kann, wäre eine energetische Nutzung.

Meine Damen und Herren,  
sie wissen alle, und einige besser als ich,  
dass es so nicht weitergehen kann –

Das Hoffen auf weitere Zuständigkeiten – und auf weitere Gelder um diese zu finanzieren ist aufgrund der Haushaltslage des Föderal-Staates illusorisch.

Das Hoffen auf permanentes Wirtschaftswachstum, so wie es auch der zuständige Finanzminister der DG, immer wieder predigt - würde ökologisch weltweit zu einer Katastrophe führen und ist ökonomisch im bestehenden Finanz-System gar nicht möglich.

Und das er, und auch andere Kollegen, immer wieder dieses Wachstum ansprechen – ist eigentlich ein Zeichen der Aussichtslosigkeit -

Man weiß halt nicht mehr weiter – obwohl man selber weiß das es nicht möglich ist - predigt man immer und immer wieder die gleichen leeren Floskeln –

Die Zahlen zur Arbeitslosigkeit und deren Auswirkungen welche ich eben genannt habe verdeutlichen dies noch einmal.

Meine Damen und Herren,

Jetzt ist vor allem eins gefragt: Politischer Mut zur Veränderung –

Was wir brauchen ist eine Bewusstseinsbildung über unser aktuelles politisches System und zwar mit offenen Karten.

Denn die DG, ist ein gutes Beispiel welche Fehler und Gefahren eine parlamentarische Demokratie beinhaltet, und wäre ein gutes Lehrbeispiel wie Demokratie nicht funktionieren darf.

Meine Damen und Herren,  
anstatt weiter von einer Politik der Vergangenheit zu träumen – sollten wir den Baustein für die Politik der Zukunft legen –  
Und hierzu bedarf es:  
Zuerst einmal einer konkreten Aufklärung über unser Finanz- und Geldsystem.

Und anstatt weiter den gleichen Denkfehler zu verfolgen sollten wir uns Gedanken über Alternativen machen.

Denn das Bestehende ist-gescheitert.

Das Staaten sich bei privaten Banken verschulden müssen,  
selbst die Möglichkeit aus der Hand gegeben haben Geld im Umlauf zu bringen  
und mehr und mehr abhängig werden von multinationalen Konzernen, welche  
sogar Gesetze vorschlagen – ist mehr als ein Trauerspiel, und hat nichts mit  
Demokratie zu tun.

Und das die Finanzpolitik der EU den Menschen mehr schadet als nutzt,  
ist klar am Beispiel Griechenland und Islands zu erkennen.  
Die einen unterwerfen sich dem Diktat und siechen dahin, die anderen  
widersetzen sich, stehen auf und schaffen eine Erneuerung.

„Taler, Taler du musst wandern, von der einen Hand zur anderen.“

Eine alte Volksweisheit, welche bedeutet das Geld welches fließt,  
Mehrwert für jeden schafft, Geld welches jedoch gehortet wird,  
den Kreislauf zum Stocken bringt, und die Wirtschaft zum Erlahmen.

Aber solange – keine Einsicht bei den Verantwortlichen einkehrt und solange der  
Bürger dieses Schauspiel weiter duldet –  
Solange werden wir in diesem Hause weiter über Krisen reden, und über die  
Verwaltung des Mangels -

Ja meine Damen und Herren, die Autonomie der DG der letzten Jahrzehnte hat in  
vielen Bereichen einen Mehrwert für den Bürger geschaffen –  
Aber Autonomie darf kein Selbstzweck sein –  
Und leider, verleitet Autonomie und die Verwaltung von Geldern,  
des Öfteren zum unsachgemäßen Umgang und schafft nicht nur Mehrwerte für den  
Bürger –  
Hier ist mehr und mehr Offenheit gefragt –  
Denn im Grunde sind die mehr als 200 Millionen Euro welche die DG  
vom belgischen Steuerzahler erhält,  
eine große Summe Geld, welche vernünftig verwaltet weiterhin Mehrwerte für den  
Bürger schaffen könnten,  
ohne dass man sich weiter - immer mehr und mehr verschuldet.

Dass das Geld nicht ausreicht hat wenig mit externen Faktoren sondern mehr mit  
internen Krisen zutun –  
Denn eins ist seit Jahren hier in der DG ein Problem,  
– eine altbekannte Krankheit bei Regierenden –  
man kann sich nicht so richtig mäßigen –  
Und übertreibt es sehr schnell –  
Und dies Geschah und geschieht zunehmend hier in der DG –  
Wobei ich glaube, dass  
die Tage der bestehenden Politik gezählt sind –  
Mehr und mehr Menschen gehen europaweit auf die Straßen, weil sie begriffen  
haben dass die aktuelle Politik ein Irrläufer ist.

Einstein formulierte dies einmal sehr treffend:

„Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, das sich etwas ändert.“

Anstatt weiterhin eine Politik der Verschuldung, eine Politik der Verwaltung des Mangels zu betreiben, sollten wir uns überlegen, wie wir dies umkehren könnten –

Meine Damen und Herren,

Erlauben Sie mir als Schlusssatz,  
das Motto des „Small Planet“ Institutes hinzuzufügen –

„Hoffnung ist nicht das, was wir in Beweisen finden.  
Sie ist das, was wir werden, wenn wir handeln.“ [www.smallplanet.org](http://www.smallplanet.org)

Michael Balter – Vivant-Fraktion im PDG